

Frau Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Datum
18.09.2017

Sehr geehrte Frau Merkel,
vor zwei Jahren haben Sie erstmals klare Haltung in der Flüchtlingspolitik gezeigt und von der deutschen Wirtschaft gefordert, sich in bei der Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zu engagieren.

Diesem Aufruf sind wir mit großer Motivation und Engagement gefolgt. Ich sehe es auch heute noch als meine Verantwortung hier als Unternehmerin meinen Beitrag zu leisten, geflüchtete Menschen schnell zu integrieren und damit auch eine soziale Spaltung innerhalb von Deutschland mit zu verhindern.

Zunächst begannen wir mit einer Öffnung unserer Freizeitangebote, mit Qualifizierungsworkshops und einem großen Tag der offenen Tür mit Bewerbungstrainings für Geflüchtete. Nach und nach haben wir aktiv begonnen, geflüchtete Menschen bei uns einzustellen. In unserer Näherei und Schweißerei hatten wir offene Stellen, die wir nur sehr schwer und kostenintensiv durch Zeitarbeit besetzen konnten. In diesen Bereichen herrscht in Deutschland ein akuter Fachkräftemangel.

Folglich haben sich unsere Mitarbeiter in der Personalabteilung seit zwei Jahren aufwändig und ohne externe Hilfe in diesen komplexen Bereich der Anstellung Geflüchteter eingearbeitet. Zu bürokratischen Hürden kam und kommt (trotz wertvoller Unterstützung, auch in Form von Zuschüssen, der Arbeitsagentur und des Jobcenters) ein erheblicher Mehraufwand in der Absprache mit den Geflüchteten, den Behörden und den ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Diese Mehraufwände, die sich in der Summe inzwischen auf ca. 50.000 € (Aufschlüsselung der Kosten im Anhang) belaufen, nehmen wir gerne in Kauf, da wir das für beide Seiten als extrem sinnvoll empfanden.

Heute beschäftigen wir 9 geflüchtete Mitarbeiter und begleiten sie intern eng durch unsere Personalabteilung sowie eigene interne Integrations-Beauftragte und unterstützen mit Deutschkursen, bei Behördengängen, bei der Wohnungssuche, bei Anwaltskosten, etc. Damit die Integration ins Unternehmen gut gelingt haben wir alle Mitarbeiter für interne Diversität sensibilisiert und uns konstruktiv mit kritischen Stimmen auseinandergesetzt.

Für unser Engagement sind wir vor kurzem mit dem baden-württembergischen LEA Mittelstandspreis für soziale Verantwortung und dem Demografie Exzellenz Award in der Kategorie „fremd & heimisch“ ausgezeichnet worden.

So weit so gut. Realität ist jedoch auch, dass inzwischen 5 der 9 Mitarbeiter einen Ablehnungsbescheid des BAMF bekommen haben, 2 weitere Kollegen sind noch im laufenden Asylverfahren. Bei einem Mitarbeiter wurde sogar eine Abschiebung innerhalb von 7 Tagen angekündigt.

Natürlich schöpfen wir die möglichen rechtlichen Schritte aus und haben gegen alle Ablehnungsbescheide Klage eingereicht – entsprechend belaufen sich unsere Anwaltskosten (die wir für unsere geflüchteten Mitarbeiter übernehmen, da sie nicht in der Lage sind, diese zu zahlen) inzwischen auf über 10.000 € (Aufschlüsselung der Kosten im Anhang).

Neben diesen Kosten, der nervenaufreibenden Anspannung, der entstandenen Arbeitsbelastung in unserer Organisation, der tiefen Verzweiflung unter den Geflüchteten und darüber hinaus bei ihren Teamkollegen, bedeutet das im schlimmsten Fall für uns, dass wir 7 wertvolle, eingearbeitete Mitarbeiter verlieren, die wir zudem überhaupt nicht leicht nachbesetzen können.

Dazu kommt ein für uns ein immenser wirtschaftlicher Schaden. Wir werden weniger produzieren können, Aufträge nicht bedienen können sowie Umsatz, Reputation und Kunden verlieren. Werden alle sieben Kollegen abgeschoben, rechnen wir mit Produktionsausfällen in Höhe von 247.000 € (Aufschlüsselung der Kosten im Anhang), bei einer Nachbesetzungszeit von zwei Monaten und einer Einarbeitungszeit von einem Monat. Dazu kommen noch Kosten für die Aufwände der Nachbesetzung und Einarbeitung.

Unser Lokalblatt, der Südkurier, hat vor einigen Wochen (da hatten wir erst 3 Ablehnungsbescheide) beim Innenministerium in Baden-Württemberg nachgefragt, warum Menschen, die im Arbeitsmarkt integriert wurden, die Abschiebung droht. Hier ein Auszug der Antwort von Pressesprecher Carsten Dehner: „Die Erleichterungen des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und Geduldete wurden in erster Linie geschaffen, um die Abhängigkeit der Ausländer von öffentlichen Sozialleistungen zu reduzieren“ (Südkurier 2017).

Aus Unternehmenssicht ist diese Antwort, wie sie sich vorstellen können, Hohn und Spott für das Engagement und eine völlige Ausblendung des wirtschaftlichen Schadens, der damit angerichtet wird.

In zahlreichen Briefen und Gesprächen haben wir mit den zuständigen Stellen auf Landesebene (Regierungspräsidium, Innenministerium, Integrationsministerium, Ministerpräsident) versucht, eine Lösung für unsere schwierige Situation zu finden. Wir sind aber immer wieder an der Tatsache gescheitert, dass hier nur eine Veränderung in der Bundesgesetzgebung helfen kann.

Ich spreche mich deshalb dringend für ein Bleiberecht und Rechtssicherheit von Geflüchteten aus, die bereits durch Ausbildung oder Festanstellung erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert wurden, für ihr eigenes Einkommen sorgen oder auf dem Weg dahin sind. Aus unserer Sicht würde ein solches Bleiberecht nicht nur die Unsicherheit in der die Menschen leben müssen beseitigen, sondern auch uns als Arbeitgeber Sicherheit und Klarheit verschaffen.

Darüber hinaus sprechen wir uns für eine Verbesserung der Einwanderungsbedingungen aus, um so zur Lösung der Herausforderungen des demografischen Wandels und Fachkräftemangels beizutragen. Wir brauchen neben dem Asylverfahren ein formales Einwanderungsgesetz, das einfach und gut strukturiert Einwanderung ermöglicht.

Wir sind in dieser schwierigen Lage als Unternehmen auch nicht alleine. Folgende Unternehmen unterstützen unsere Forderung. Einige beschäftigen auch Mitarbeiter, die von Abschiebung bedroht sind (im Anhang finden Sie eine Übersicht über die Einzelfälle):

Unternehmen, deren Mitarbeiter von Abschiebung bedroht sind:

Hotel Rad GmbH, Philip Blank, Tett nang
TN-Hausmeisterservice & Dienstleistungen, Marion Wagner, Friedrichshafen
Hotel-Landgasthof KREUZ, Horst Schmidt, Bad Waldsee

Unternehmen, die unsere Forderungen unterstützen:

Weleda AG, Michael Brenner, Schwäbisch Gmünd / Arlesheim
3pc GmbH, Armin Berger, Berlin

Ich hoffe sehr, mein Anliegen findet bei Ihnen ein offenes Ohr und ich freue mich auf einen konstruktiven Austausch mit Ihnen.

Herzliche Grüße



Dr. Antje von Dewitz
Geschäftsführerin
VAUDE Sport GmbH & Co. KG

**Anhang**

Übersicht Kosten und Unterstützungsleistungen für die Integration 9 geflüchteter Mitarbeiter in den Arbeitsmarkt sowie Umsatzausfall im Falle der Abschiebung von 7 Mitarbeiter

| Art der Kosten | Berechnung | Summe |
|---|--|----------------------|
| VAUDE Personalkosten Personalabteilung für Einstellungen (Mehraufwände für Beantragung von Genehmigungen, Mitarbeitergespräche, Abstimmung mit Helferkreisen) | 25 € Stundenlohn Personalreferentin, je 8 Stunden Mehraufwand pro Geflüchteter, bei 9 geflüchteten Mitarbeitern | 1.800 € |
| VAUDE Personalkosten Integrations-Beauftragte (Begleitung zu Anwälten und Behörden, Unterstützung bei der Anhörungsvorbereitung, Unterstützung bei der Wohnungssuche, Abstimmung mit Helferkreisen, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit) | Vier Mitarbeiter aus verschiedenen Hierarchieebenen, die einen Anteil ihrer Arbeitszeit aufwenden. Zusammengerechnet ist es ca. eine Vollzeitstelle. Angabe Jahresbruttogehalt inkl. Arbeitgeberanteil | 48.000 € |
| VAUDE interner Deutschkurs | 1 Kurs a 10 Einheiten | 700 € |
| gesamter Mehraufwand VAUDE für Einstellung, Betreuung und Qualifizierung | | 50.500 € |
| - Zuschüsse der Arbeits- agentur und des Jobcenters | Kostenübernahme für eine Einstiegsqualifizierung, Zuschüsse in Höhe von 50% des Bruttogehalts für vier Monate für einen Mitarbeiter und für 6 Monate für drei Mitarbeiter | -23.000 € |
| = Zwischensumme Mehraufwand Integration abzgl. Zuschüsse | | 27.500€ |
| + Anwaltskosten | Begleitung zu Anhörungen, Beantragung Familiennachzug, Klageverfahren | Ca. 10.000 € |
| + Umsatzausfall im Fall von 7 Abschiebungen | Wir rechnen mit einem Produktionsausfall von 1.800 Produktionseinheiten pro Monat und einer Nachbesetzungs- und Einarbeitungszeit von 2,5 Monaten. Durchschnittlicher haben wir einen Verkaufspreis an den Händler von 55€. | Ca. 247.000 € |

Quellenangaben:

Spiegel (2016): <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kanzlerin-merkel-wirtschaft-soll-mehr-fluechtlinge-einstellen-a-1108453.html>

Südkurier (2017): <https://www.suedkurier.de/region/bodenseekreis-oberschwaben/bodenseekreis/Unternehmen-kaempfen-gegen-Abschiebung-ihrer-Mitarbeiter;art410936,9329767>